
Liebe Leserinnen und Leser,



im AKW Three Mile Island (bei Harrisburg) hat es jüngst wieder einen Störfall gegeben. Radioaktivität ist innerhalb des Reaktors ausgetreten, Arbeiter wurden angeblich nur leicht verstrahlt. Und wie immer bei derartigen Störfällen blieb die Umgebung des AKW angeblich von der Strahlung verschont.

Der konkrete Vorgang veranlasst dennoch zur Sorge, Erinnerungen an 1979 werden wach und wie so oft wird auch vom jüngsten Störfall die Wahrheit über das Ausmaß des Störfalls evtl. erst später und scheinweise bekannt. Wieder wird deutlich: Atomanlagen sind unbeherrschbar, sie gehören stillgelegt. Und das sofort! 30 1/2 Jahre nach dem Unfall im AKW Three Mile Island muss mit dem atomaren Spuk endlich Schluss sein.

Der Kölner Stadtanzeiger nimmt den jüngsten Störfall bei Harrisburg zum Anlass für einen Check der Atomindustrie. Sein Fazit: „Die Atomkraft steht nicht vor dem Durchmarsch, mag die mächtige, gut mit der Politik vernetzte Branche diesen Eindruck auch gerne erzeugen. Um mit ihr das Klima zu retten, müsste weltweit bis 2050 alle zehn Tage ein neuer Meiler ans Netz gehen. Das ist völlig unrealistisch. Und ein Harrisburg genügt.“ (<http://www.ksta.de/html/artikel/1257858515703.shtml>).

Der BBU setzt konsequent auf den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Für dieses Ziel lohnt es sich, sich zu engagieren!

Antinukleare Grüße von der BBU-Newsletterredaktion!

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Einsprüche gegen das geplante AKW Borssele 2

(U.B.): Der BBU hat etwas mehr als 1000 Sammeleinsprüche gegen den geplanten Bau des AKW Borssele 2 in den Niederlanden auf den Weg gebracht. Per Einschreiben wurden sie an das niederländische Umweltministerium in Den Haag geschickt. Der Vorstand des BBU bedankt sich bei allen Initiativen und Einzelpersonen, die die Unterschriften gesammelt haben. Überwiegend kamen die Einsprüche aus Nordrhein-Westfalen, aber auch aus anderen Bundesländern. Die BBU-Pressemitteilung zum Ergebnis der Einspruchssammlung findet man unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202009/13.11.09.htm>

2. Themenbereiche

CCS / CO2-Speicherung

Wasserfontänen in Schleswig-Holstein durch die CO2-Endlagerung?

Der BBU und der VSR-Gewässerschutz fordern die Bergämter auf, aus dem Ereignis in Wiesbaden zu lernen und keine nicht abschätzbaren Veränderungen im Untergrund zuzulassen. Der Vorfall zeigt mal wieder, dass jeder Untergrund immer neue Überraschungen liefern kann. Durch die geplante CO2-Speicherung unter Schleswig-Holstein wird es wesentlich häufiger zu unerwarteten Auswirkungen bei Bohrungen kommen. Dadurch ist mit erheblichen Beeinträchtigungen für die Bevölkerung zu rechnen. (...)

Aus einer BBU-Presseerklärung vom 09.11.09;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202009/CCS%20Schleswig%20Holstein.pdf>

Widerstand gegen die Erkundung für ein CO2-Endlager

Der BBU und der VSR-Gewässerschutz sind entsetzt, dass das Landesbergamt in Cottbus die Erkundung für einen CO2-Speicher in der Region um das brandenburgische Städtchen Beeskow noch vor dem Erlass eines CCS-Gesetzes erlaubt. Durch die von Vattenfall geplante Untersuchung können letztendlich die Gefahren der Kohlendioxid-Endlagerung gar nicht beurteilt werden. „Aufgrund einer solchen Erkundung dann später eine Genehmigung zur CO2-Einlagerung auszusprechen, ist ein unverantwortlicher Weg – es wird nur eine Scheinsicherheit vorgegaukelt. (...)

Trinkwasser als Lebensmittel Nr. 1 darf unter keinen Umständen durch die Endlagerung von Kohlendioxid verschmutzt und unserer Nutzung entzogen werden. Doch genau dies kann keine Erkundung von Vattenfall ausschließen. Vattenfall hat ein großes wirtschaftliches Interesse sein in den Kraftwerken entstehendes CO2 endzulagern. Wenn der Konzern in eigener Regie die Erkundung durchführt, besteht die Gefahr, dass die kritischen Punkte im Untergrund nicht genügend betrachtet werden.“ so Susanne Bareiß-Gülzow, Vorsitzende vom VSR-Gewässerschutz.

In Dänemark wollte Vattenfall auch eine Erkundung durchführen und ist am großen Widerstand der Landwirte gescheitert. Bei der Erkundung muss privates Gelände betreten werden. Hier gibt es für jeden Bürger viele Möglichkeiten sich aktiv zu wehren. Nach dem derzeit geltenden Recht muss für das Aufsuchen betroffener Grundstücke eine Zustimmung sowohl vom Eigentümer als auch vom Pächter vorliegen. So rief der schleswig-holsteinische Landesbauernverband im Juni dieses Jahres seine Mitglieder auf, für die zunächst notwendigen seismischen Untersuchungen für das geplante CO2-Endlager in Friesland das Betreten der Grundstücke zu verbieten.

Aus einer BBU-Presseerklärung vom 27.10.09; <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202009/Erkundung%20CO2-Endlager%20Beeskow.pdf>

RWE stoppt CCS-Kraftwerk Köln-Hürth

Der Stromkonzern RWE hat weitere Investitionen in das CCS-Versuchskraftwerk vorerst zurückgestellt. Nach Angaben des Chefs der Kraftwerkstochter RWE Power Lambertz hat die EU eine finanzielle Förderung abgelehnt. Als Grund wird die fehlende Akzeptanz für die CO2-Endlagerung sowie der fehlende Rechtsrahmen genannt.

Harald Gülzow, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes

Weitere Informationen unter <http://www.wir-klimaretter.de/content/view/4283/148/>

Energiepolitik

BAYER: Protest gegen neue Kohlekraftwerke

Kritiker des BAYER-Konzerns kündigen für den 7. Dezember eine Mahnwache vor der Zentrale des Unternehmens in Leverkusen an. Hiermit wollen sie gegen den geplanten Bau neuer Kohlekraftwerke in mehreren BAYER-Werken protestieren. Am selben Tag werden in Kopenhagen die UN-Verhandlungen zum Klimaschutz beginnen.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren: „Die in den BAYER-Werken geplanten Steinkohlekraftwerke würden Klima und Umwelt bis in die zweite Hälfte des Jahrhunderts schwer belasten und gleichzeitig notwendige Investitionen zugunsten regenerativer Energien blockieren. Wir fordern von BAYER eine glaubhafte Energie-Wende“. (...).

Allein das in Krefeld geplante Kohlekraftwerk, das von der BAYER-Tochterfirma Currenta betrieben werden soll, würde jährlich 4,4 Mio Tonnen CO2 sowie große Mengen Feinstaub, Stickoxide und Schwefeldioxid ausstoßen. Auch in den BAYER-Werken Brunsbüttel und Antwerpen sollen riesige Kohlekraftwerke gebaut werden. Die Anlagen würden mit Kohle aus Übersee befeuert werden. Die Stadt Antwerpen votierte Ende Oktober wegen der gravierenden Umweltschäden gegen das Projekt im dortigen BAYER-Werk.

Einige Teilnehmer der Mahnwache vom 7. Dezember werden im Rahmen der internationalen Aktion [Climate Justice Fast](#) in einen eintägigen Hungerstreik treten. Schon anlässlich der Vorbereitungsgespräche zum Klimagipfel in Barcelona sind am vergangenen Wochenende eine Reihe von Aktivisten in befristete und unbefristete Hungerstreik-Aktionen getreten, darunter Axel Köhler-Schnura und Christiane Schnura von der Coordination gegen BAYER-Gefahren, (...).

Aus einer Presseinformation der Coordination gegen BAYER-Gefahren vom 11.11.2009, Kontakt und weitere Infos: www.CBGnetwork.org, Tel 0211-333 911.

Aufruf zu den kommenden Castortransporten nach Ahaus

Atommülltransporte nach Ahaus stoppen - Atomausstieg jetzt !!

Bundes- und Landesregierung wollen das Zwischenlager Ahaus in den kommenden Jahren mit gefährlichem und hochverstrahltem Atommüll füllen - pro Woche sollen mehrere Atomtransporte per Bahn und LKW anrollen:

1. Mitte November 2009 genehmigte die Bezirksregierung Münster für zehn Jahre die Anlieferung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen, darunter sperrige und hochverstrahlte Anlagenteile, die sogar aus den Reaktorkernen der AKWs stammen können. Die Genehmigung gilt für alle deutschen AKWs! Im Anschluss soll der Atommüll in den - völlig untauglichen - Schacht Konrad bei Salzgitter zur Endlagerung gekippt werden.

2. Beim Bundesamt für Strahlenschutz ist zudem die Einlagerung von 152 Castoren aus dem Kernforschungszentrum Jülich sowie von 150 Castor-ähnlichen Großbehältern mit hochverstrahlten Brennelement-Strukturteilen aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague beantragt.

3. Dazu kommen die regelmäßigen Urantransporte von und zur bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage Gronau - 15km nördlich von Ahaus. Dort soll ab 2011 ein Zwischenlager für 60 000 Tonnen Uranoxid errichtet werden, die Uran-Anlage wird zudem massiv erweitert.

(...)

Tag X: Wenn die geplanten Atommülltransporte auf der Straße oder auf der Schiene nach Ahaus rollen, werden sich wieder viele Menschen quer stellen. Dabei ist jedeR herzlich willkommen!! Nur gemeinsam lässt sich der Atommüll stoppen.

Am Samstag, nachdem der erste Atommülltransport bekannt wird, findet um 14 Uhr vor dem Zwischenlager Ahaus eine Demo statt - Motto: „Wir machen das Zwischenlager dicht!“

Weitere Infos und den gesamten Aufruf gibt es unter <http://www.kein-castor-nach-ahaus.de/aufruf>. Infos der BBU-Mitglieds-BI „Kein Atommüll in Ahaus“ unter <http://www.bi-ahaus.de>.

Atomwirtschaft übernimmt die Regie in Gorleben / BI Umweltschutz prophezeit "ein neues 1004"

Die Federführung in Gorleben geht nach Informationen der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) auf die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) über. Das Unternehmen, das ursprünglich mal ein Staatsbetrieb war, gehört heute zu 75 % der Gesellschaft für Nuklearservice, einer Tochter der führenden Atomstromer, die zugleich die Brennelementzwischenlager in Ahaus und Gorleben betreibt. Das berichteten Teilnehmer eine "Ratschlags" der BI am Sonntag in Trebel. Rund 100 Gorleben-Gegner berieten dort nach einem weiteren demonstrativen Spaziergang rund um das Gelände des "Erkundungsbergwerks", wie sie auf die Aufhebung des Moratoriums auf der Endlagerbaustelle reagieren wollen.

Der politische Beschluss von Schwarz-Gelb sei da, doch bis zur Umsetzung werde noch Zeit ins Land gehen. Zunächst müsse der Offenhaltungsbetrieb unter Tage, der bis zum 30.9.2010 befristet ist, durch einen neuen Rahmenbetriebsplan ersetzt werden. Eine Anfrage der Bundesanstalt für Strahlenschutz (BfS), die bislang die Federführung in Gorleben inne hat, beim zuständigen Bergamt Celle ist für Anfang nächsten Jahres zu erwarten. Möglicherweise wird sich die Umsetzung der forschenden politischen Ankündigungen bis in den Herbst 2010 hinziehen. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: "Dann spielen wir zwei Trümpfe: Die Aufhebung des Moratoriums wird beklagt, Ziel ist ein Aufschub der konkreten Ausbaumaßnahmen des Schwarzbaus. Schließlich: die Wiederaufnahme der untertägigen Baumaßnahmen und der 12. Castor-Transport fallen zeitlich zusammen, wir laden 30.000 Menschen ins Wendland ein."

Gekürzte Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.

Kontakt: Wolfgang Ehmke 0170 510 56 06.

Symbolische Blockade gegen E.ON Kraftwerk Datteln Initiative appelliert an CDU Landesregierung

Nachdem das OVG Münster bereits Anfang September den Bebauungsplan für das neue E.ON Kraftwerk Datteln IV kippte, ordnete die Bezirksregierung wenige Tage darauf einen Baustopp für weite Teile der Kraftwerksbaustelle in Datteln an. E.ON baut seit 2007 ohne Baugenehmigung auf eigenes Risiko und hat sich verpflichtet, sollte nachträglich keine Baugenehmigung erteilt werden, das Gelände auf eigene Kosten wieder in den alten Zustand zurück zu bauen.

(...) Um auf einen gemeinsamen Antrag (Drucksache 44/9917) von CDU und FDP im Land, indem die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Kraftwerks gefordert wird, zu reagieren, wurde deshalb heute Nacht in Waltrop ein Schwerlasttransport auf dem Weg zur E.ON Baustelle für kurze Zeit blockiert. Rund ein Dutzend Kraftwerksgegner versperrten dem Schwerlasttransport mit einem Transparent "Erneuerbare statt krimineller Energie" den Weg und verhinderten so die Weiterfahrt.

(...) Wenn die Landesregierung jetzt fordert, die Gesetze und den Landesentwicklungsplan für EON nachträglich anzupassen, dann geht nicht nur den Bürgern jede Rechtssicherheit verloren, sondern nimmt auch neuen Betrieben die Planungssicherheit. Diese Politik schreckt zukünftige Investoren ab, gefährdet den Industriestandort NRW und somit wichtige Arbeitsplätze. Hier handelt die Landesregierung nicht im Sinne der Bürger, sondern fühlt sich offenbar gegenüber wenigen E.ON Aktionären in der Pflicht.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, das Urteil des OVG und die geltende Rechtsprechung zu akzeptieren. (...). Aus einer Pressemitteilung der Mega vom 15.11.09; Infos: www.mega-waltrop.de.

Gentechnik

17. Witzenhäuser Konferenz: Saat à la Carte? ?

Gentechnik und Alternativen in der Diskussion vom 01.12.2009 bis zum 05.12.2009 an der Universität Kassel-Witzenhausen

„Die Organisatoren der diesjährigen 17. Witzenhäuser-Konferenz sind allesamt Studierende der Ökologischen Agrarwissenschaften. Gemeinsam mit Ihnen als Konferenzteilnehmer und eingeladenen kompetenten Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Forschung soll in einen lebendigen, konstruktiven Dialog getreten werden.

Gegnern und Befürwortern der Gentechnik wird ein Forum geboten, um ihre Standpunkte und Thesen angemessen zu vertreten. Das Ziel ist es, mit dieser Konferenz ein brisantes Thema zu vertiefen und transparent zu machen. Nähere Information zu Programm, Ablauf, Anmeldung etc. finden Sie unter www.konferenz-witzenhausen.de.

Das Konferenzteam freut sich auf Sie und auf eine spannende Woche im Dezember.

Veranstalter: Projektgruppe Saat á la carte? Steinstraße 19, 37213 Witzenhausen, Tel.: 05542 9690191

Email: konferenz@wiz.uni-kassel.de, www.konferenz-witzenhausen.de“

Aus: <http://www.oekologischer-aerztebund.de>

Klimawandel

Welt-Klimagipfel in Kopenhagen

IPPNW warnt: Der Klimawandel gefährdet Gesundheit und Leben - Laut Studie bereits jetzt jährlich 315.000 Klimatote weltweit

Die IPPNW (Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs) warnt: Der Klimawandel ist keineswegs nur ein Umweltproblem, sondern bedroht Leben und Gesundheit von Millionen von Menschen. Durch Überschwemmung, Dürre und Ansteigen des Meeresspiegels verstärkte sich laut der Studie "Climate change and human health: present and future risks" der Wissenschaftler des University College London vom Mai diesen Jahres die Gefahr von Erkrankungen wie Cholera, Mangelernährung. Außerdem seien durch Flutkatastrophen mehr Menschen von Obdachlosigkeit bedroht. (...).

Die Ärzteorganisation sieht in einer entschiedenen Absage an die Atomenergie und die Fossilen Energien einen zentralen Baustein zur Lösung. "Der Welt-Klimagipfel in Kopenhagen braucht eine klare Richtungsentscheidung für eine dezentrale Energieerzeugung auf der Basis Erneuerbarer Energien", fordert die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen. Die potenziellen Vertragsstaaten eines neuen Klimaabkommens müssten sich daher auch endlich auf einen schnellstmöglichen Atomausstieg und auf ein Neubauverbot für fossile Großkraftwerke festlegen, damit es zu einem beschleunigten und vollständigen Umstieg auf Erneuerbare Energien kommt. Beim vorgesehenen Technologietransfer in Schwellen- und Entwicklungsländer sollte nach Auffassung der IPPNW die betroffene Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden und überwiegend wirtschaftlich profitieren. Ein wirksamer Klimaschutz sei nicht zuletzt auch ein unverzichtbarer Schritt der Friedenssicherung.

Ein Hintergrundpapier zum Thema mit unseren konkreten Forderungen finden Sie unter

<http://www.ippnw.de/frieden/energie-krieg-frieden/artikel/4124aef668/ippnw-fordert-dezentrale-energie-vers.html>

Müll

Erfolg des Widerstands der Bürgerinitiativen:

Müllkraftwerk in Ettringen wird vorerst nicht gebaut

Bayerns zweitgrößte Abfallverbrennungsanlage wird vorerst nicht gebaut. Stattdessen wird als „Überbrückungslösung“ ein gasbetriebenes Kraftwerk realisiert, wie es die Bürgerinitiativen immer gefordert haben. Diese Nachricht, die die Firma Lang Papier am vergangenen Dienstag bekannt gab, war am Freitagabend Anlass für eine spontane Dank-Mahn-Wache vor den Toren des Unternehmens. Über 150 Kraftwerksgegner waren der Einladung der Bürgerinitiative Schwabmünchen/Hiltenfingen und des Mahnwachen-Teams gefolgt. Die Mahnwachen, die seit 3. Oktober 2008 monatlich stattfinden, wurden initiiert als „Forum, das über dem Konflikt selbst steht und das die vielleicht im Augenblick utopisch erscheinende Hoffnung auf eine Lösung zum Ausdruck bringt, mit der alle, die Verantwortlichen von Unternehmen und Politik, aber auch die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Sorge um Umwelt und Gesundheit gut leben können. Denn jede andere Lösung würde auf Jahre hinaus den Frieden in der Region belasten.“ Dieser Utopie, so der Initiator der Mahnwachen, Dr. Joachim Herbold, in seinem Eingangsstatement, sei man nun ein Stück näher gekommen. Da jedoch die Unternehmensleitung an der

Realisierung des Müllkraftwerks zu einem späteren Zeitpunkt festhalte und deshalb auch weiterhin dessen Genehmigung verfolge, sei auch in Zukunft hartnäckiger Widerstand gefordert.

In einer Pressemitteilung vom 10. November 2009 begründet Lang Papier seinen Rückzug nicht nur mit der Finanzkrise und der schwierigen Wirtschaftslage in der Papierindustrie, sondern auch damit, dass sich „das Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren länger hingezogen hat als ursprünglich erwartet, so dass eine Entscheidung über die Genehmigungserteilung immer noch aussteht“. (...).

Aus einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative Schwabmünchen / Hiltenfingen vom 16.11.09



**Bürgerinitiative
Schwabmünchen / Hiltenfingen**

Strahlenschutz

Petition für besseren Strahlenschutz

(U.B.): Der deutsche Zweig der IPPNW sammelt derzeit Unterschriften für eine Petition an den Deutschen Bundestag. „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, den Strahlenschutz für den Bürger zu verbessern und das dafür bisher verwendete Rechenmodell "Reference Man" durch die strahlensensiblere Variante "Reference Embryo" zu ersetzen.“ Weitere Informationen und die Möglichkeit der Online-Unterschrift gibt es unter

<http://www.ippnw.de/aktiv-werden/kampagnen/petition-fuer-einen-besseren-strahlenschutz.html>.

Wasserschutz

Chloride – immer noch ein Problem in der Lippe



Stark erhöhte Chloridgehalte in der Lippe stellen die Mitglieder vom VSR-Gewässerschutz bei ihren diesjährigen Untersuchungen fest. Im August – September wurden mehrere Messfahrten zwischen Hovestadt und Wesel durchgeführt, um die aktuelle Entwicklung der Salzbelastung zu untersuchen. Schon in Hovestadt ist die Lippe infolge der Abwassereinleitungen und geogener Besonderheiten des Lippegebietes schon mit 110 Milligramm pro Liter Chlorid vorbelastet. Auch bei den weiteren Messstellen bis unterhalb des Wehres in Hamm änderte sich an den Konzentrationen nur wenig. Die Auswirkungen auf die Pflanzen, Insekten und Fische ist noch unbedeutend.

Die Lippe mit Zeche im Hintergrund

Anderes sieht es auf der Flussstrecke unterhalb von Heringen aus. Hier steigt die Chloridbelastung schlagartig auf den doppelten Wert von 230 Milligramm pro Liter an. Auf der weiteren Fließstrecke wächst die Belastung stetig weiter. So stellten die Gewässerschützer in Werne mit 280 Milligramm und Haltern mit 335 Milligramm fest. Die höchste Konzentration lag dann in Dorsten mit 460 Milligramm pro Liter vor. Auf diesem sehr hohen Niveau verbleibt die Belastung bis die Lippe bei Wesel in den Rhein mündet. Die Ursache für die sehr hohe Salzkonzentration liegt in den Einleitungen der Sumpfungswässer der Steinkohlebergwerke. (...).

Die vollständige Presseerklärung des VSR kann gelesen werden unter <http://www.vsr-aktuell.de/presse/PE%20Salz%20in%20der%20Lippe.pdf>

Whistleblowing

Eine demokratische Gesellschaft braucht Zivilcourage und Whistleblowing

Wir brauchen eine Kultur der Zivilcourage und Whistleblower, zivilcouragierte Menschen, die auf ihr Gewissen hören und zum Wohl der Allgemeinheit unbequeme Wahrheiten ans Licht bringen. Ihre Warnungen sind für unsere Gesellschaft überlebensnotwendig, z.B. vor Korruption, vor der Verseuchung der Lebensgrundlagen, Diskriminierung von Minderheiten etc.

Aber: Wo bleibt der Aufschrei? Mit dieser Frage befasst sich eine Tagung des Ev. Studienwerks in Haus Villigst bei Schwerte vom 29. - 31. Januar 2009. Wie in jedem Jahr wird ein wissenschaftlicher Schwerpunkt Elektromagnetische Techniken und ihre Auswirkungen sein, das Thema Korruption im weiteren Sinne wird uns die ganze Tagung begleiten.

Prof. Gerard Hyland aus England, der sich eingehend mit Mobilfunk, u.a. mit Tetrafunk, befasst hat, und sich dafür etliche Gegner zugezogen hat, wird einen Preis für Zivilcourage erhalten. Zu den Referenten

gehören außerdem u. a. Journalist und Autor Hans Martin Tillack, Sternmagazin; Dr. Eberhard Müller, Studienwerk Villigst, Prof. Dr. Hans See, Business Crime Control, Universität Frankfurt; Prof. Dr. D. Jakob Mabe, Menschenrechtler, Universität Berlin, Dr. med. Hans Scheiner; Kriminaloberrat Christoph Knolle, OLAF, EU etc. Es kommen außerdem der Journalist und Autor von TV Dokumentationen, Andreas Orth von Netzwerk Recherche; Guido Strack, Vorsitzender des Whistleblower-Netzwerkes und der Intendant, Regisseur und Schauspieler, Peter Sodann. *Quelle: E-Mail von Antje Bultmann, Wissenschaftsjournalistin. Weitere Informationen zum Programm und zu den Tagungsgebühren unter http://www.kircheundgesellschaft.de/akademie/documents/TG%2012_Zivilcourage.pdf.*

3. Terminhinweise

Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

Die Anti-Atomkraft-Bewegung legt keine Pause ein. Es geht mit vollem Elan weiter gegen die Atomindustrie! Terminübersichten gibt es z. B. hier:

<http://www.anti-atom-aktuell.de> und hier <http://www.castor.de/8termine.html>.

Friedensbewegung

Termine aus der Friedensbewegung gibt es u. a. hier: <http://www.friedenskooperative.de/index.html>

28.11.2009: Demonstration gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range und gegen den geplanten Flughafen bei Enschede (NL), 15.00 Uhr, Marktplatz Nordhorn, <http://buergerinitiative-gegen-flughafen-twente.de>, <http://www.schluss-mit-laerm-und-bomben.de/sites.php>

06.12.2009: Gronau, 14.00 Uhr, Sonntagsspaziergang mit Nikolausüberraschungen für brave AtomkraftgegnerInnen an der Urananreicherungsanlage (UAA)

20.12.2009: Ahaus: Sonntagsspaziergang gegen das Castor-Atomüll-Lager und Kundgebung gegen weitere Atomtransporte nach Ahaus, 14.00 Uhr. Ort: „Zwischen“lager; Infos: <http://www.bi-ahaus.de>

18. – 21.03.2010: Landshuter Umweltmesse; Infos: <http://www.la-umwelt.de>.

4. Kalendertipp

2010: Mal richtig abschalten



Zwölf ausdrucksstarke Bilder von der großen [Anti-Atomkraft-Demonstration in Berlin \(September\)](#) und dem [Trecker-Treck](#) sind in diesem Wandkalender für 2010 vereint – jeden Monat eine Erinnerung und Ermutigung. Der Kalender im A4-Querformat ist spiralgebunden, mit Aufhängung in der Mitte. Er wird herausgegeben von der Bäuerlichen Notgemeinschaft und .ausgestrahlt.

Der Kalender (14 Seiten, 13 Bilder, Karton, Spiralbindung) kostet 6 Euro pro Stück zuzüglich 4,50 Euro Versandkosten - egal, ob Du einen oder vier Kalender bestellst. Er ist auch bestens als Weihnachtsgeschenk geeignet. Für Weiterverkäuferinnen oder Vielverschenkerinnen bietet .ausgestrahlt auch ein Paket von neun Kalendern für 44 Euro an. Im Laden werden die Kalender oft für acht Euro verkauft. Hier kann direkt angesehen und bestellt werden: <http://www.ausgestrahlt.de/shop/kalender-2010.html>.

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 11 / 2009, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.12.2009. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.